

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE LINKE.

zu der vereinbarten Debatte

Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die derzeitige Ebola-Epidemie in Westafrika ist die schwerste seit der Entdeckung des Virus im Jahr 1976 und droht auf weitere Länder überzugreifen. Die Zahl der Infizierten steigt mittlerweile exponentiell und ist ebenso wie die Zahl der Todesopfer mit einer hohen Dunkelziffer verbunden. Schätzungen sprechen heute von rund 4 800 Infizierten und 2 400 Toten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) richtet bereits seit Wochen dramatische Appelle an die internationale Gemeinschaft und fordert eine angemessene Reaktion auf die aktuelle Krise. Laut WHO könnte der jetzige Ebola-Ausbruch Auswirkungen wie der Tsunami von 2004 oder das Erdbeben auf Haiti 2010 erreichen. Damals starben rund 230 000 beziehungsweise 316 000 Menschen.

Guinea, Sierra Leone und Liberia zählen zu den am wenigsten entwickelten Staaten der Welt und sind am stärksten von der Epidemie betroffenen. Ihre Gesundheitssysteme stehen unmittelbar vor dem Kollaps. Das medizinische Personal arbeitet unter Einsatz des eigenen Lebens unter schwierigsten Bedingungen gegen das hochansteckende Virus. Mindestens 256 Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenschwestern und Pfleger haben sich offiziell bisher infiziert, 134 sind gestorben. Es fehlt an technischen Mitteln und Erfahrung, um Isolationsmaßnahmen auch in abgelegenen Regionen und unter großer Hitze umfassend zu gewährleisten.

Vielorts mangelt es selbst an rudimentärer Aufklärung. Wie Hilfskräfte vor Ort berichten, schürt das gleichzeitige Auftreten der ersten Toten mit den Ärzteteams in Schutzanzügen und mobilen Isolationsstationen in vielen Fällen großes Misstrauen. Kranke werden unter Quarantäne gestellt und verlassen diese wegen der hohen Sterblichkeitsrate selten wieder lebend. Die Toten dürfen wegen der großen Infektionsgefahr nicht einmal von den Angehörigen beerdigt werden. Maßnahmen wie die geplante viertägige landesweite Ausgangssperre in Sierra Leone, um in jedem Haus nach Infizierten zu suchen, können sich als kontraproduktiv herausstellen, weil sie das Vertrauen der Bevölkerung weiter erschüttern.

Wie auch bei anderen Krankheiten, von denen nur arme Länder betroffen sind, hat die Pharmaindustrie in der Vergangenheit viel zu wenig in die Erforschung von Medikamenten und Impfstoffen gegen Ebola investiert. So existieren zwar schon Mittel gegen das Virus, sind aber bisher nicht klinisch an Menschen getestet und deshalb

nicht flächendeckend einsatzbereit. In Einzelfällen sind sie trotzdem bereits zur Rettung von infiziertem Pflegepersonal eingesetzt worden. Der Einsatz ungetesteter Mittel und die extrem selektive Auswahl der Empfängerinnen und Empfänger sind höchst umstritten.

Fehlendes medizinisches Fachpersonal stellt im Augenblick das größte Hindernis für eine erfolgreiche Bekämpfung der Ebola-Epidemie dar. Ungeklärte Rahmenbedingungen erschweren freiwilligen Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern aus Deutschland einen Einsatz vor Ort erheblich oder machen ihn unmöglich. Spezialistinnen und Spezialisten insbesondere der Tropenmedizin sind in Deutschland meist in staatlichen Einrichtungen angestellt und könnten für freiwillige Hilfseinsätze dementsprechend frei gestellt werden. Für den Fall einer Infektion brauchen Helferinnen und Helfer eine Garantie, dass ihnen die bestmögliche medizinische Betreuung zur Verfügung steht und sie notfalls unbürokratisch nach Deutschland ausgeflogen werden können. Gesicherte Rahmenbedingungen erleichtern die Mobilisierung von medizinischem Personal für den Kampf gegen die Ebola-Epidemie entscheidend.

Auch aufgrund von Kürzungen der deutschen Beiträge musste die WHO in den letzten Jahren ein Fünftel ihres Haushaltes einsparen. Die WHO hat deshalb aktuell für ganz Afrika nur noch drei Spezialisten für Epidemien im Einsatz. Das Personal in der Genfer Zentrale für Notfälle der WHO ist von 100 Personen auf 34 geschrumpft.

Durch das grassierende Virus ist die Wirtschaft in Teilen der betroffenen Länder bereits weitgehend zusammengebrochen, ausländische Firmen haben die Arbeit eingestellt. Immer mehr Fluglinien fliegen die betroffenen Länder nicht mehr an. Die Nahrungsmittelproduktion ist auf rund 40 Prozent des Vorjahresniveaus gesunken, weil anstehende Ernten nicht eingeholt werden können. Hilfsorganisationen rechnen ab März 2015 mit einer Hungersnot, die Lebensmittelpreise sind bereits massiv gestiegen. Zusätzlich zur medizinischen humanitären Hilfe brauchen die Menschen deshalb dringend Nahrungsmittel- und die betroffenen Staaten Finanzhilfen.

Einige betroffene Staaten haben bereits gewarnt, ihre staatliche Existenz sei durch die Verbreitung des Virus gefährdet. Der Weltsicherheitsrat hat Ebola als Gefahr für die internationale Sicherheit eingestuft.

Die Bundesregierung hat bisher lediglich etwa 12 Mio. Euro zur Bekämpfung der Epidemie zur Verfügung gestellt. Alleine die private Bill & Melinda Gates Stiftung hat angekündigt, 50 Mio. US-Dollar, also rund das Vierfache des deutschen Beitrags, bereitzustellen. Laut WHO besteht ein Finanzbedarf von 1 Mrd. US-Dollar, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Neben finanziellen Hilfen müsste Deutschland insbesondere in den Bereichen Schulung von Pflegepersonal im Umgang mit medizinischen Isolationsmaßnahmen, Entsendung von Fachkräften und Behandlung von Infizierten in Deutschland, Bereitstellung von Desinfektions- und Quarantänemitteln sowie Nahrungsmittelhilfen seine Unterstützung deutlich ausbauen.

Nach Angaben der WHO entsendet Kuba mit 165 Ärztinnen und Ärzten, Krankenschwestern und -pflegern das größte Kontingent an zivilen Helferinnen und Helfern. Die Bundesrepublik Deutschland als viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt muss endlich einen ihrer Wirtschaftskraft angemessenen Beitrag gegen die historische Gesundheitskrise leisten. Deutschland benötigt dringend eine international handlungsfähige zivile Katastrophenschutzorganisation, die über die nötigen Ressourcen verfügt, um jederzeit weltweit auf Hunger-, Gesundheits- und Naturkatastrophen aller Art reagieren zu können. Dies ist nicht Aufgabe der Bundeswehr.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. angesichts der Ebola-Epidemie in Westafrika der humanitären internationalen Verantwortung Deutschlands gerecht zu werden;

2. die Dimension der aktuellen Ebola-Epidemie als eine historische Zäsur im modernen internationalen Gesundheitsnotfallmanagement zu begreifen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu ihrer Bekämpfung beizutragen;
3. zur Umsetzung der von der WHO vorgelegten Roadmap unverzüglich einen finanziellen Beitrag in Höhe von mindestens 100 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen;
4. den gesamten Katastrophenschutzapparat der Bundesrepublik Deutschland daraufhin zu überprüfen, welchen Beitrag dieser zur Bekämpfung der Epidemie leisten kann und diesen entsprechend unverzüglich anzuordnen;
5. für in staatlichen Einrichtungen angestelltes Fachpersonal unverzüglich feste Rahmenbedingungen für den freiwilligen Einsatz in den von Ebola betroffenen Ländern zu schaffen, um nach kubanischem Vorbild möglichst viele Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger aus Deutschland für die Bekämpfung der Epidemie vor Ort zu mobilisieren;
6. eine international handlungsfähige zivile Katastrophenschutzorganisation aufzubauen, die über die nötigen Ressourcen verfügt, um jederzeit weltweit auf Hunger-, Gesundheits- und Naturkatastrophen aller Art reagieren zu können;
7. einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Finanzierung der WHO zu leisten, damit sie zukünftig schneller auf internationale Gesundheitskrisen reagieren kann;
8. Flugzeuge und Personal zur Einrichtung einer humanitären, zivilen Luftbrücke zur Verfügung zu stellen, um den Rückzug internationaler Fluggesellschaften aus den von Ebola betroffenen Staaten Westafrikas zu kompensieren und einen zuverlässigen Transport von Hilfspersonal und -gütern in die Region auch weiterhin sicherzustellen;
9. Finanzhilfen für die am stärksten von der Ebola-Krise gezeichneten Volkswirtschaften zur Verfügung zu stellen;
10. mit Hilfe der Durchführungsorganisationen und Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verstärkte Sensibilisierungs- und Hygienekampagnen im Bildungs- und Gesundheitsbereich in den betroffenen Ländern einzuleiten;
11. gemeinsam mit dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen geeignete Maßnahmen gegen die sich abzeichnende Hungersnot in Westafrika zu beraten und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen;
12. in Deutschland und vor Ort Schulungen von medizinischem Personal im Umgang mit Quarantänemaßnahmen und Infektionsschutz durch staatliche Einrichtungen und Personal anzubieten;
13. die öffentliche Forschung an Wirk- und Impfstoffen gegen das Ebola-Virus und die Durchführung von klinischen Testreihen an Menschen bei Mitteln, die sich bereits in der Entwicklung befinden, zu beschleunigen und dafür gegebenenfalls Sondermittel zur Verfügung zu stellen;
14. den Bundesländern einen Abschiebestopp für Menschen aus Deutschland in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Staaten zu empfehlen;
15. vorrangig durch eigenes, vorbildliches Handeln weitere Staaten im Rahmen der EU, der Vereinten Nationen sowie der G7 zu einem möglichst engagierten Einsatz zu motivieren.

Berlin, den 23. September 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

